

ANFRAGE von Mattea Meyer (SP, Winterthur), Rosmarie Joss (SP, Dietikon) und Rolf Steiner (SP, Dietikon)

betreffend «Asylantengasse» für Asylsuchende in Birmensdorf

In Birmensdorf wurde eigens für knapp 20 Asylsuchende ein alter Weg ausgebaut, der von ihren Wohncontainern durch ein Waldstück zur unbelebten Hauptstrasse führt, die wiederum in Richtung Bahnhof geht. Die Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen so direkt zum Bahnhof gelangen, ohne dass die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers sie zu Gesicht bekommen sollen.

Es ist aus unserer Sicht unhaltbar, dass der Gemeindepräsident von Birmensdorf erwägt, den Asylsuchenden den Weg durch das Dorf zu verbieten und ihnen vorzuschreiben, den eigens für sie gebauten Weg zu benutzen, sollte es zu Reklamationen im Quartier kommen. Dieses Verbot des Begehens des öffentlichen Raums bedeutet ein ungerechtfertigtes kollektives Rayonverbot, kommt einer massiven Einschränkung der Freiheitsrechte gleich und erinnert an erste Schritte in Richtung einer Apartheidpolitik.

In diesem Zusammenhang bitten wir deshalb den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Aussagen des Gemeindepräsidenten von Birmensdorf?
2. Inwiefern verstösst diese mögliche Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Asylsuchenden gegen geltendes Gesetz?
3. Mit welchen Konsequenzen seitens des Kantons müsste der Gemeinderat Birmensdorf rechnen, sollte er das geplante Verbot gegenüber den Asylsuchenden durchsetzen?
4. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat für die Zukunft, damit Asylsuchende besser in ein Gemeinwesen integriert werden können?

Mattea Meyer
Rosmarie Joss
Rolf Steiner